

Odenwälder Kreishaushalt nicht genehmigungsfähig?



© Archivfoto: Joaquim Ferreira

Das Regierungspräsidium Darmstadt hält offenbar den Anstieg der Kreisumlage für nicht ausreichend – und zieht damit den Unmut der Odenwälder Kreispolitik auf sich.

Odenwaldkreis. Runde 14,8 Millionen Euro weist der [Odenwälder](#) Kreishaushalt 2025 als Defizit aus. Und selbst auf diesen Wert war das Zahlenwerk mühsam getrimmt worden – lag doch der Ursprungsfehlbedarf noch deutlich höher, bei 18,9 Millionen Euro. Man behalf sich mit einer pauschalen Ausgabenkürzung um zwei Prozent und der Aussetzung von Rückzahlungen zum Entschuldungsprogramm Hessenkasse. Dank dieser, so hieß es im Kreistag, von der Landesregierung aufgezeigten Instrumente schien der Etat genehmigungsfähig. Angesichts der dramatischen Finanzlage und mangels anderer gangbarer Wege stimmten neben der Regierungsmehrheit aus SPD, ÜWG und FDP auch die Oppositionsfraktionen von CDU und Grünen zu, um die Handlungsfähigkeit des Kreises zu sichern.

Nun aber könnte das Regierungspräsidium Darmstadt einen Strich durch die Rechnung machen: Im Erbacher Landratsamt liegt ein Schreiben der Aufsichtsbehörde vor, in dem sie den Haushalt trotz aller Anpassungen als „nicht genehmigungsfähig“ einstuft. Das verursacht bei der Odenwälder Politik Unmut – und bei den Städten und Gemeinden Verunsicherung, wie sich jüngst in der Oberzenter Stadtverordnetenversammlung zeigte: Denn verlangt das RP tatsächlich eine größere Anhebung der Kreis- und Schulumlage (geplant

ist eine Erhöhung um einen Punkt auf 58 Prozent), trifft dies wegen steigender Ausgaben auch die Haushalte der Kommunen.

Grüne: Schlag ins Gesicht der Bürger

Als erste der Kreistagsfraktionen hatten sich die Grünen zu Wort gemeldet und sich „enttäuscht über die Entscheidung des SPD-geführten Regierungspräsidiums“ gezeigt. Sie sei „ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger des Odenwaldkreises“ heißt es insbesondere mit Blick auf die Kreisumlage. Sollte die stärker steigen müssen als geplant, würden die finanziellen Belastungen auf die Gemeinden und letztlich auf die Bürger abgewälzt, so Fraktionsvorsitzender Dr. Jonas Schönefeld.

Deutliche Kritik am RP äußern auch die übrigen Fraktionen, die den Kreishaushalt mitgetragen haben. Diesem Beschluss, so halten SPD, CDU, ÜWG und FDP fest, seien intensive Verhandlungen von Landrat und Finanzverwaltung mit dem Regierungspräsidium vorausgegangen, das schließlich im Vorfeld der Kreistagssitzung „die Genehmigung des Haushalts (...) signalisiert“ habe. Umso unverständlicher sei nun diese „Wende“. Diese „hat uns genauso überrascht wie die Verwaltungsspitze selbst“, wird SPD-Fraktionsvorsitzender Raoul Giebenhain zitiert.

Landrat Frank Matiaske habe in den Beratungen der Gremien stets kommuniziert, dass die Erwartungshaltung des RP hinsichtlich der Kreis- und Schulumlage eine andere sei, als er sie verantworten könne: „Der RP sieht vor unserer Gesamtumlage eine 6“, mithin eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage auf 60 Prozent. Beschlossen wurden schließlich besagte 58 Prozent, denn, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Harald Buschmann: „Eine weitergehende Erhöhung würde die Handlungsfähigkeit der Odenwälder Kommunen zunehmend einschränken und ihre ohnehin angespannte Haushaltslage verschärfen.“ Darüber, dass dies nicht hinnehmbar sei, seien sich alle Fraktionen einig.

Haushalt im Odenwaldkreis: ÜWG hat kein Verständnis für „Salto rückwärts“

Das gilt auch für die ÜWG. Die hatte bezüglich der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts große Bedenken und dies auch in einigen Ausschüssen durch ihr Abstimmungsverhalten kundgetan, heißt es. Lediglich die Erklärung des Landrates, dass der geänderte Entwurf vom RP als genehmigungsfähig angesehen werde, habe zur teilweisen Zustimmung im Kreistag geführt. „Jetzt kommt der Salto rückwärts, wofür wir kein Verständnis haben“, so Fraktionsvorsitzender Georg Raab.

Bei den Gesprächen, die der Landrat angesichts der neuen Ausgangslage mit dem RP führen will, könne er weiter auf die Unterstützung einer großen Mehrheit im Kreistag zählen, ergänzt Moritz Promny (FDP): „Nur mit einem genehmigten Haushalt können wir die Handlungsfähigkeit des Odenwaldkreises sicherstellen.“

Landrat: Politischer Wille der Landesregierung ist ein anderer

Knackpunkt bei der Sichtweise des RP sei offenbar, so Matiaske, dass die Aufsichtsbehörde die zweiprozentige pauschale Minderausgabe mit harten Fakten hinterlegt haben wolle. Dies sei aber von der Landesregierung so politisch nicht gewollt. Genau darum werde es im Austausch mit dem RP jetzt gehen, denn: „Wenn die pauschale Kürzung um 4,8 Millionen im Sinne der Landesregierung akzeptiert wird, dann ist unser Haushalt mit den 58 Prozent der Kreis- und Schulumlage genehmigungsfähig.“

Die Grünen hatten in ihrer Mitteilung zuvor auch die Kommunikation der Kreisregierung kritisiert. Ihrer Einschätzung nach war die geänderte Erwartung des RP dort schon vor der Kreistagssitzung bekannt und hätte deutlicher kommuniziert werden müssen. „Die sich hier abzeichnende Informationspolitik hat das Potenzial, bei den Haushaltsberatungen gewonnenes Vertrauen zu untergraben“, so Schönefeld.

Erster Kreisbeigeordneter Oliver Grobeis weist dies auf Nachfrage der Redaktion zurück. Landrat Matiaske und er selbst hätten auf den verbindlichen Charakter des Haushaltsgesprächs mit dem RP gebaut, bei dem nach Auffassung des Odenwaldkreises die Genehmigungsfähigkeit des Etats festgehalten worden sei. Auf dieser Grundlage sei der Kreisetat erarbeitet und gleichzeitig in den Gremien darauf hingewiesen worden, dass die Kommunalaufsicht eine weitere Anhebung der Kreis- und Schulumlage erwartet.

Kreisspitze glaubt an Genehmigungsfähigkeit

„Die Kritik der Grünen an der Informationspolitik der Kreisverwaltung können der Landrat und ich deswegen nicht teilen“, so Grobeis. Die Behördenleitung wolle mit dem RP ein weiteres Haushaltsgespräch führen, gehe allerdings weiter davon aus, „dass der Kreishaushalt gemäß den (...) getroffenen Vereinbarungen genehmigungsfähig ist“.